

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags am ...

Die achtzehnjährigen Kompartenisten oder deren Eltern zahlen ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ergebnis des Prinz-Prozesses

Ein dunkles Kapitel

Nach wochenlangem Verhandlung ist gestern der Prinz-Prozess zu Ende geführt worden. Der Angeklagte wurde wegen Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er konnte den Nachweis nicht führen, daß Scheidemann einen Befehl zur Ermordung Karl Liebknechts unterzeichnet und dafür 100 000 Mark Belohnung ausgesetzt hat. Der Beweis mußte mitsingen, denn niemand wird Scheidemann für so dumm gehalten haben, einen derartigen Befehl zu unterzeichnen, so sehr er sich auch damals mit großen Worten wappete, um "Ruhe und Ordnung" zu schaffen, die vollendete Demokratie im Zeichen der Weimarer Offiziersgarden und der kaiserlichen Soldateska sicherzustellen.

Noch das ist nicht das Hauptergebnis des Prinzprozesses. Wenn auch von Scheidemann der unsinnige Verdacht genommen ist, der direkte Anstifter eines furchtbaren Verbrechens gewesen zu sein, so hat der Prozeß doch ergeben, daß in jenen denkwürdigen Tagen eine dunkle Gesellschaft ihr Unwesen trieb, die sich die Beseitigung revolutionärer Führer zum Ziel gesetzt hatte und die dieses Ziel in vielen Fällen auch durchführte. Diese Gesellschaft arbeitete mit allen Mitteln des raffinierten Mordmörders. Kapitalisten und Monarchisten, die den Sturz des Kaiseriums nicht verschmerzen konnten, spendeten Millionen, und aus diesen Fonds wurde nicht nur die abscheuliche Heze der antisozialistischen Liga gespeist, aus ihm flossen auch die Gelder für die unheimliche Propaganda, die den Mord offen propagierte, für die Spitzel und Häscher, die auf die Arbeiterführer schichtet wurden, und für die Mörder, denen nach gelungener Tat die Möglichkeit eines gehobenen und gesicherten Lebens garantiert wurde. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Johannes Dornbach, die 29 Matrosen in der Französischen Straße, hunderte ungenannte Proletarier in Berlin, tausende im Reich, ermordet und abgeschlachtet: sie waren die Opfer dieser Gesellschaft, die unter den Augen der Regierung Ebert-Scheidemann ihr Unwesen treiben konnte und der Welt aber damals noch heute das Handwerk gelegt worden ist.

Scheidemann ist schuldlos aus dem Prinz-Prozess hervorgegangen. Die Regierung Scheidemann bleibt schuldig. Prinz, Tenzel und andere dunkle Gestalten, die in dem Prozeß auftauchten, können Verbrecher gewesen sein, aber

diese Verbrecher waren gut genug, auf revolutionäre Führer gehetzt zu werden. Sie standen in amtlichen Diensten, die Kommandantur kannte ihre moralischen Qualitäten, aber sie schüttelte sie nicht ab, weil ihr die Dienste von Verbrechern nicht unwillkommen waren. Und geduldig sah die Regierung diesem Treiben zu. Sie ließ im Prozeß gegen die Liebknecht-Mörder eine richterliche Komödie aufzuführen, statt dem beleidigten Recht zum Siege zu verhelfen, sie unternahm nichts, um die unterirdischen Kanäle abzuschließen, die zu all jenen Verbrechen hinführten. Das ist die Schuld der Regierung Ebert-Scheidemann, die gerade durch den Prinz-Prozess in ein neues Licht gestellt wurde.

Es ist nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich, daß Prinz tatsächlich den Mordbefehl in den Händen gehabt hat, daß dieser Befehl mit der gefälschten Unterschrift Scheidemanns herausgegeben wurde von jener dunklen Gesellschaft, die dadurch den Häschern Mut machte, sie zu ihrer Tat anspornen wollte. Daß Flugblätter und Plakate zur Ermordung Liebknechts aufforderten und Belohnungen dafür ausboten, steht fest und auch darüber hat der Prinz-Prozess neue Beweise erbracht. Der Bürgererrat, der derartige Flugblätter in Auftrag gab, ist nicht vor Gericht gestellt worden, die Männer der Antisozialistischen Liga blieben von der Zeugenschaft verschont. Hier aber ist die Stelle, wo das Gericht einhalten müßte, hier könnte das Januarverbrechen eine Aufstellung erfahren, die eine Wiederholung des Verfahrens gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gegen die Anstifter und Geldgeber ermöglichen müßte.

Steht das Staatsinteresse auf dem Spiele? Die Ehre des Offizierskorps? Das Ansehen vermöglicher Männer, die in Politik und Gesellschaft eine Rolle spielen und die nicht bloßgestellt werden dürfen, weil der kapitalistische Staat auf ihre Tätigkeit nicht verzichten kann?

Täuschen wir uns nicht! Der Prinz-Prozess hat zwar den Schleier gelüftet, der das Januarverbrechen sorgsam verhüllte, aber die bürgerliche Justiz wird es verstehen, ihn wieder sorgsam zusammenzuziehen. Denn das dunkle Kapitel der deutschen Revolution, vor der gesamten Öffentlichkeit aufgerollt, würde einen Blick in Abgründe von Korruption und Schenkschleichereien ermöglichen, die nicht nur das deutsche Ansehen in der Welt schänden würden, sondern die auch den Massen den Anstoß geben könnten, diesen Staat, diese Gesellschaft und diese Justiz zu beseitigen.

Für die ungarischen Volkskommissäre

Das ungarische Ausnahmegericht steht im Begriff, zehn Mitglieder der gewesenen ungarischen Sowjetregierung zum Tode durch den Strang zu verurteilen. In einer länger als vier Monate währenden Verhandlung, die in der Gegenwart von Offizieren stattfand, die mit Handgranaten und Knüppeln bewaffnet, schon durch ihre Anwesenheit einen Druck auf das genug fügsame und in Fällung von Todesurteilen so erfahrene Gericht außerordentlich geübt haben, in einer Verhandlung, wo die Verteidiger, die sich die Angeklagten selbst erwählten, eingeschüchtert, dann vertrieben wurden, wo den Angeklagten als Verteidiger nur ausgesprochene Politiker und Klassengegner überlassen wurden, konnte den zehn Volkskommissären keine einzige persönliche Verfehlung, kein Mißbrauch ihrer Amtsgewalt zu persönlichen oder eigennütigen Zwecken nachgewiesen werden, so daß der zu ihrer moralischen und physischen Vernichtung unternommene Prozeß ihre persönliche und politische Ehre vollständig herstellte.

Trotzdem sollen diese Männer ihr teils der Wissenschaft, teils der gewerkschaftlichen und politischen Organisierung der Arbeiterklasse gewidmetes Leben am Galgen beenden, trotzdem sollen sie eines entehrenden Todes sterben. Gegen sie wurde die Anklage des Mordes erhoben. Als der Mord, den sie begangen haben sollen, wird die Tatsache verwendet, daß sie Mitglieder einer revolutionären Regierung waren, die das Standrecht verkündete, die die Einsetzung revolutionärer Gerichte anordnete. In der Verhandlung wurde schließlich nachgewiesen, daß die angeklagten Männer an diesen Verordnungen keinen Anteil hatten, daß die meisten von ihnen erst nachträglich Kenntnis erhielten, daß diese Verordnungen erlassen worden sei, daß sie an der politischen Führung der Regierungsgeschäfte gar nicht oder kaum beteiligt waren, daß sie mit allem ihren Einfluß alle terroristischen Maßnahmen bekämpften, daß mehrere von ihnen ihre Stellungen nur auf dringliche Intervention von Ententevollmächtigten beibehielten, um einen maßgebenden Einfluß zu nehmen auf die linksstehenden, kommunistischen Führer. Es wurde festgestellt, daß der Universitätsprofessor Peter Agoston als Minister des Äußeren und der Metallarbeiter Josef Haubrich als Kriegsminister auf den ausdrücklichen Wunsch des Wiener englischen Militärbevollmächtigten Obersten Cunningham und des italienischen diplomatischen Vertreters Prinzen Doria Borghese aus der Käteregierung in das neue Ministerium übergetreten sind, um eine menschliche Liquidierung der Rätediktatur zu ermöglichen und das fürchterliche Gemetzel in Budapest zu verhindern, das damals zu befürchten war, und daß sie diese ihnen übertragene Aufgabe ehrenhaft vollzogen haben. Und nun, weil sie ungezählten Tausenden das Leben gerettet, sollen sie das ihre auf schmachvolle und unehrenhafte Weise verlieren.

Wir erheben gegen dieses geplante Todesurteil, erheben gegen seine Vollziehung im Namen der Menschlichkeit, der Vernunft und Gerechtigkeit flammenden Protest und fordern alle freiheitlich denkenden Menschen in der ganzen Welt auf, sich unserem Protest anzuschließen, damit die ungarische Regierung gewahr werde, daß der geplante Justizmord auf die einstimmige Mißbilligung aller gerecht und human denkenden Menschen der ganzen Kulturwelt stößt. Es ist hier nicht unseres Amtes und liegt jetzt nicht in unserer Pflicht, mit unserem Protest in den Kampf zwischen sozialistischer und bürgerlicher Weltanschauung oder in das Ringen sozialistischer Richtungen einzugreifen, für oder wider die Sowjetregierung Stellung zu nehmen, sondern wir erheben unsere Stimme nur, um zum Ausdruck zu bringen, daß das öffentliche Gewissen der Menschheit trotz aller Zerklüftung darin einig ist, daß es nicht zulässig ist, den im Kampfe bestiegten politischen Gegner, den unterlegenen Revolutionär als einen gemeinen Verbrecher zu behandeln und für politische Verbrechen die Todesstrafe zu verhängen. Ist die Todesstrafe allen Humandenkenden an sich ein Greuel, so ist sie hundertfach verwerflicher, wenn sie gegen Menschen angewendet werden soll, die sicherlich aus idealen und politischen Motiven gehandelt haben und inmitten des Kampfes bestegt wurden. Es ist, wenn auch nicht gerecht, doch begründlich, wenn der im Bürgerkrieg auf der Stelle ergriffene Gegner getötet, wenn in dem ersten Aufwallen des Zornes, des Hasses, der in den revolutionären Kämpfen besiegte Feind „an die Mauer gestellt wird“. Aber es gibt keine Entschuldigung, es kann kein Versehen geben für ein Morden, das sechzehn Monate nach dem Sturze der ungarischen Sowjetregierung noch immer weiter wütet, das ungezählte Tausende auf den Galgen und in die Kerker wirft und das in seiner Unersättlichkeit weder von Zweckmäßigkeit noch von Gerechtigkeit, sondern nur von den gewalttätigen Rache-Instinkten und Ausrottungsplänen geleitet wird.

Wir richten an die ungarische Regierung die Aufforderung, daß sie mit diesem blutigen Werk ein Ende mache und mit der Begnadigung der Volkskommissäre das so notwendige Werk der Versöhnung in die Wege leite. Wir wenden uns an alle menschlich denkenden Führer des ungarischen politischen und geistigen Lebens selbst mit der Bitte, sie mögen ihren ganzen moralischen und persönlichen Einfluß auf

Beschlüsse der Botschafterkonferenz

Paris 16. Dezember.

Die Botschafterkonferenz stimmte dem Reglement über die Durchsicht von interalliierten Kriegsschiffen durch den Nizier Kanal zu. Sie beschloß ferner, an die österreichische Regierung eine Note zu richten, in der diese aufgefordert wird, die aus der Anwendung der militärischen Klauseln des Vertrages von St. Germain sich ergebenden Maßnahmen zu ergreifen. Die Konferenz beschloß ferner, an die deutsche Regierung eine Note zu richten, in der Deutschland gefragt werden soll, aus welchem Grunde der Abschluß des Vertrages mit Dänemark über die Regelung der durch die Abtretung von Nordschleswig entstehenden Fragen verzögert wird.

Die Wiedergutmachung

Deutsche Vieh- und Geflügellieferungen an die Alliierten

29. London, 16. Dezember

Der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Harmsworth erklärte auf eine Anfrage im Parlament über die deutsche Wiedergutmachung, was Vieh und Geflügellieferungen anlangt, es sei eine Regelung getroffen worden, die beide Teile befriedige. Durch diese Regelung würden die Alliierten innerhalb drei oder vier Jahren 1740 000 Stück Geflügel von Deutschland erhalten. Innerhalb zwei oder drei Jahren sollen 20 100 Flegel und 16 250 Schweine von Deutschland geliefert werden. Die deutsche Regierung habe außerdem die Verpflichtung übernommen, in den nächsten sechs Monaten 30 000 Pferde, 120 000 Schafe und 90 000 Stück Vieh zu liefern, darunter 30 000 Stück Kühe. Er bestritt, daß Deutschland ausschließlich Vieh von besser Qualität liefern müsse. Laut Versailles Friedensvertrag brauchen nur Tiere von Durchschnittsqualität geliefert zu werden.

Deutschland und der Völkerbund

Erregte Debatte in Genf

Auf der Völkerbundstagung in Genf kam es am Mittwoch zu einer Debatte über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Bundespräsident Nitti betonte, daß die Schweiz mit

großer Genugtuung Österreich in dem Völkerbund begrüße. Die Schweiz hoffe auch, daß die Ausnahme Deutschlands mit dem Ernst und der Gerechtigkeit geprüft werde, von denen der Völkerbund beherrscht sein müsse. Der Bund könne ohne Universalität keine Aufgaben auf die Dauer nicht erfüllen.

Biviani (Frankreich) erwiderte, erregt, Deutschland könne zum Anstich nicht aufgefordert werden, solange es seinen internationalen Verpflichtungen nicht nachgekommen wäre. Worte genügen nicht, es müßten Taten geschehen. Wenn Deutschland Garantien für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben habe, könne es in den Völkerbund einziehen. Seit zwei Jahren warte man darauf. Wenn in Deutschland diejenigen, die die Menschheit auf dem Lebensweg des Krieges geführt hätten, ihre verantwortliche Neue beweisen durch Taten, dann würde niemand mehr wagen, Deutschland den Eintritt in den Völkerbund zu verweigern, auch die Franzosen nicht. Wenn Frankreich nicht an der Grenze gestanden hätte, dann würde der Bund jetzt nicht in Genf tagen können, um mit dem französischen Volke den Versuch zu machen, das neue Gebäude eines Völkerbundes aufzurichten.

Brachlegung von Arbeitskraft

Schließung der Opelwerke bei Frankfurt a. M.

Die Opelwerke bei Frankfurt a. M. haben Lohnforderungen der Arbeiter mit der Schließung des Betriebes beantwortet. Wir erleben hier einen neuen Streich nach dem Muster der Daimler und Borsig. Die Unternehmer machen auch die neueste Verfügung über die Behinderung von Betriebsstilllegungen unwirksam, indem sie Lohnbewegungen der Arbeiter benützen, um ihre Absichten durchzusetzen. Und mit misderhand und langsamem Streichen laßen die Behörden die allmächtigen Herren zur Wiederaufnahme des Betriebes zu bewegen.

Frankfurt a. M., 15. Dezember.

Um Wiederaufnahme des Betriebes der Opelwerke homilten sich seit zwei Tagen die hessische Regierung, die hessische Demobilisationskommission und die französische Besatzungsbehörde. Der Versuch der Werke dürfte nach im Laufe dieser Woche wieder aufgenommen werden. Die Angehörigen und Beamten haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt.

bleten, daß ihrer Nation diese Schmach nicht angetan werde, daß diese blutige Tat des Hasses und der Rache eingestiftet werde! Wir appellieren an die ganze ungarische Nation, die selbst als Befiegte aus der großen Weltkriege herausgegangen ist und die eine bessere Zukunft nur von der Rückkehr der Vernunft, Gerechtigkeit und Milde in den internationalen Angelegenheiten erhoffen kann, die aber das Recht, für sich Gerechtigkeit zu fordern, vermisst, wenn sie gegenüber den eigenen Nationen nicht einmal Gnade walten lassen kann oder will.

Darum wünschen wir, daß unser Ruf: Keine Todesurteile für politische Verbrechen! Amnestie für die besiegten Revolutionskämpfer! in Ungarn erhört werde und mit der Begründung der Volkskommissionen der erste Schritt zu einer Politik der Versöhnung und friedlichen Ausgleichung erfolgen möge.

Für England:

B. Shaw, G. H. Wells, Henry Noel Brailsford, W. R. Smith, W. B. George Dallas, Sekretär der Landarbeiterorganisation, Alexander Gordon, Cameron, Sekretär der Zimmermannorganisation, Charles Robson Duxton, John Hobson, W. Harris von der Bergarbeitergewerkschaft, Ramsay MacDonald, Arnold Bennett, Schriftsteller, Frank Hobbes, Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft, J. H. Thomas, Mitglied des Parlaments, Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft, G. H. Stuart-Burnitt, Hermann Ungell, Robert Williams, Sekretär der Transportarbeitergewerkschaft, A. G. Gardner, William Adamson, Mitglied des Parlaments, Thomas Shaw, Parlamentsmitglied, Sekretär der internationalen Textilarbeitergewerkschaft, Ethony Webb, Beatrice Webb, George Lansbury, Chefredakteur des „Daily Herald“, G. D. Morel, Arthur Henderson, John Robert Clynes, M. P., C. P. Scott, Redakteur der „Manchester Guardian“, Stuart Hodgson, Redakteur der „Daily News“, G. D. H. Cole, Robert Smillie, Philip Snowden, Ethel Snowden, Charles Trevelyan.

Für Frankreich:

Jean Longuet, Romain Rolland, Henri Barbusse, A. L. Frossard, Pierre Renaudel, Ferdinand Buisson, Präsident der Liga der Menschenrechte, Gouttenaire de Tsuz, Sekretär der republikanischen Vereinigung der alten Frontkämpfer, Viktor Gash, Professor der Universität Paris.

Für Belgien:

Emil Vandervelde, Minister für Justiz, Camille Huysmans, Sekretär.

Für Holland:

Edo Timmen, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Troelska, J. F. Akermit, Chefredakteur vom „Het Volk“, Leo Kollaf, Privatdozent der Philosophie an der Universität Amsterdam, Petrus A. J. J.

Für die Tschechoslowakei:

Franz Tomasek, Präsident der Nationalversammlung, Oswald Hilsebrand, Valentin Tuzar, Ministerpräsident a. D., Karl Czerma, Anton Kamec, Josef Stoin.

Für Deutschland:

Professor Lujo Brentano, Hans Dehbrück, Ernst Troelsch, Walter Schüding, Albert Einstein, Nicolai, Maximilian Harden, Heinrich Mann, Bernhard Kellermann, für den Deutschen Gewerkschaftsbund Karl Legien, Rudolf Wissell, Gertrud Hanna, Johannes Sollenbach, Paul Umbreit, welter Konrad Haukman, Mitglied des Reichstages, L. Löbe, Präsident des Reichstages, Severing, preußischer Minister, Hermann Müller, Reichsanwalt a. D., Gustav Bauer, Reichsanwalt a. D., Georg Ledebour, Arthur Crispian, Rudolf Hilsberding, Rudolf Breitscheid, Edward Bernheim, Philipp Scheidemann, Otto Weis, Georg Gradnauer, Irene Lorbes-Rosse, gedotene Gräfin Fleming.

Für Dänemark:

Georg Brandes.

Für Oesterreich:

Karl Seih, Abgeordneter, Professor Dr. Sigmund Freud, die Abgeordneten Friedrich Adler, Friedrich Untermy, Otto Bauer, Karl Renner, Ferdinand Scharf, Franz Domes, Obmann der Gewerkschaftskommission, Anton Hueber, Sekretär der Gewerkschaftskommission.

Für Italien:

Die Abgeordneten Turati, Brambilla, Trebes, Rodigliani.

Für Ungarn:

Professor Oscar Jászi, Ernst Garami, Paul Renda.

Die Schwachbuden

Reichstagspräsident Paul Löbe gibt in seinem Organ, der „Breslauer Volkswacht“, einen tiefen, anscheinend aus ehrlichem Herzen kommenden Senf über die unproduktive Schwachhaftigkeit des Reichsparlamentes von sich. Neben dem Reichsparlament, sagt er, haben wir noch 10 große und etwa 8 kleine Landesparlamente, die die Gesetzesfabrikation betreiben. Das sei zwar eine unabwehrbare Einrichtung, aber wie unrationell diese ganze Maschine arbeite, das sehe man daran, daß selbst in dem hervorragendsten dieser Parlamente Kraft, Zeit und Geld unnützlich verwan werden. Das geht besonders aus der Beratung des Etats hervor. Löbe schreibt:

„Seit Wochen berät der Reichstag den Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1920-21 (von April zu April). Drei Viertel dieses Jahres liegen hinter uns, Einnahmen und Ausgaben für diese Zeit sind längst entschieden, erledigt, können durch Neben und Beschlässe kaum noch beeinflusst werden. Mehr noch: Der Etat für das nächste Jahr muß bei den einzelnen Behörden jetzt schon entworfen und aufgestellt sein. Im Januar, spätestens Februar, soll auch er dem Parlament vorliegen. Auch dafür können etwaige Richtlinien und neue Gesichtspunkte für die Ausstellung bei den Behörden nicht mehr in Frage kommen, da es bereits zu spät ist.“

Der Reichstagspräsident sucht zwar durch Gründe die Verpöschung der Verhandlungen zu entschuldigen, meint aber, daß die Parteirebner sich viel weniger partizipativ auslassen müßten. Löbe trifft hier einen wunden Punkt, und er wird sehr bald der gefügigste aller Reichstagspräsidenten sein, wenn er den Mandatsbesitzern zumutet, sie möchten die Gelegenheit, auf der Parlamentaristruine vor dem Volke als große Männer zu erscheinen, weniger benutzen. Er führt, wie uns scheint, einen ganz aussichtslosen Kampf. Denn wer das Mandat hat, der benutzt die Jahre seiner parlamentarischen Würde dazu, die eigene unendlich gefähigte Person mit einigem Glanz zu umgeben. Das kann man nicht, wenn man schweigt oder nur dann redet, wenn man sachlich etwas zu sagen hat. Löbe schlägt vor, man möchte in Zukunft bei den Etatsberatungen die sogenannte zweite Rednergarnitur beseitigen und die Redezeit verkürzen.

Über nun hat man in Deutschland neben diese unabwehrbaren Einrichtungen noch eine neue Schwachbude gestellt, die in ihrer gegenwärtigen Form wirklich abwendbar gewesen wäre: den vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Diese Einrichtung ist nun vollends der Hohn auf jede parlamentarische Arbeit. Läßt sich das Reden in den ordentlichen Parlamenten noch dadurch rechtfertigen, daß die Verhandlungen über des Volkes Geschick auch wirklich vor den Ohren und Augen des gesamten Volkes stattfinden sollen, so zeichnet sich dieses in jeder Beziehung außerordentliche Reichswirtschafts-Parlament vorwiegend durch die Arbeit in geheimen Konventikeln sogenannter Fachleute aus, die noch nicht einmal etwas zu beschließen haben. Unterläßt man, was bei der Taktik des vorläufigen Reichswirtschaftsrates bisher herausgefunden ist, so wird man finden, daß sich diese Versammlung als eine hohle und noch nicht einmal schimmernde Seifenblase darstellt. Es hat den Anschein, als habe man diese Einrichtung nur getroffen, um einigen Mandatsinhabern, die nie Aussicht auf ein ordentliches Mandat gehabt hätten, einen Platz an der parlamentarischen Sonne zu verschaffen. Sollen diese Wirtschaftsparlamente, Bezirkswirtschaftsräte, wie Reichswirtschaftsrat, Bedeutung und Wert erlangen, so müssen sie zunächst eine ganz andere Zusammensetzung erfahren und außerdem Rechte bekommen.

Die Eisenbahnerbewegung

In Eisenbahnerkreisen gärt es. Regierung und Parlament stehen noch immer vor einer ungeheuren Verzerrung. Der Deutsche Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Hamburg, erklärt an alle Eisenbahner Groß-Hamburgs folgenden Aufruf:

„Wir geben bekannt, daß der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes dem engeren Hauptvorstand Vollmacht erteilt, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um unsere gerechten Forderungen durchzusetzen. Der Hauptvorstand verhandelt zur Stunde noch, um einen letzten

Versuch zu einem Einigenkommen seitens der Regierung zu machen. Der Vorstand muß, ehe er zum Kampf aufruft, jede friedliche Lösung versucht haben. Die jetzigen Verhandlungen bedeuten keine Verschleppung unserer Forderungen. Sollten die jetzigen beschrittenen Verhandlungen nicht in kürzester Zeit den gewünschten Erfolg zeitigen, so wird der engerer Vorstand, der hierzu Vollmacht besitzt, den Streik erklären. Die endgültige Entscheidung fällt in kürzester Zeit.“

Berichte aus anderen Gegenden lauten ähnlich. Die Interessen der Staatsbediensteten sind zu sehr vernachlässigt worden, als daß die halben Mittel, die der Reichstag anwendet, helfen oder neue Verzögerungen wirken könnten. Kommt es in dieser Lage zum Stillstand des Verkehrs in Deutschland, so trifft alle Schuld die Regierung und ihre Bureaufkratie. Sie treiben die Eisenbahnen in den Streik.

Reichswehr oder Schieberheer?

Große Waffensunde in Niederschlesien

Der rechtssozialistische Abgeordnete Taubadel hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

„In der Stadt Görlitz und in einigen Orten des Landkreises Görlitz sind in den letzten Wochen mehrere geheime Waffenlager entdeckt worden.“

Es wurden unter anderem in der Villa eines Herrn Köhler in Görlitz 20 Gewehre, 20 Karabiner, 3 Maschinengewehre, 200 Schuß Munition und 75 Handgranaten gefunden.

Bei dem Waffenhändler Saemann in Görlitz wurde eine Kiste mit 30 neuen Gewehren beschlagnahmt.

Auf dem der Stadt Görlitz gehörigen Gute in Lauterbach war ein der Reichswehr gehöriger Wagen mit Telephonapparat verpackt.

In einer Schule in Leschwitz bei Görlitz wurden 16 Maschinengewehre, darunter 11 schwere, unter der Zentralführung versteckt gefunden.

Bei dem Gutbesitzer Demisch in Ludwigsdorf bei Görlitz wurden beschlagnahmt: 30 Gewehre, 6 Maschinengewehre, 4000 Schuß Infanteriemunition und 400 Granaten.

Bei einem Landwirt Seidel in Lauterbach, Kre. Görlitz, wurden unter der Tenne vergraben gefunden: 50 Gewehre, 2 Maschinengewehre, 3000 Schuß Infanteriemunition und 50 Handgranaten.

Bei dem Rittergutsbesitzer Fünfsüd in Rauenitz, Kre. Görlitz, waren 4 Geschütze untergebracht, die aber später nach der Kaserne der Reichswehr nach Görlitz zurückgebracht und dort beschlagnahmt wurden.

Die aufgefundenen Waffen und die Munition sind von Angehörigen der Reichswehr zum Teil des Nachts nach den geheimen Waffenlagern verschleppt worden. Diese Transporte soll ein Oberleutnant Polinsky von der Reichswehr im Einvernehmen mit einem Major Harzmann geleitet haben.

„Mit dem Herrn Reichswehrminister dieses Treiben der Angehörigen der Reichswehr bekannt, und wenn ja, was denkt er dagegen zu tun?“

Der Wehrminister Dr. Gessler weiß ebenso wie Herr Seckel schon seit Monaten, daß von der Reichswehr Waffen für die Reaktion verschoben werden, und zwar nicht nur in Niederschlesien, sondern in ganz Deutschland. Außerdem hat ja auch der Orgelshauptmann Escherich zugegeben, daß sich seine Banden, soweit sie noch nicht bewaffnet sind, aus den Beständen der Reichswehr versorgen würden. Die Orgelshauptmannschaft hat in der Reichswehr Verbindungssoffiziere, die die Waffensieferungen bewerkstelligen. Das alles ist, wie gesagt, ein öffentliches Geheimnis, das auch dem hilflosen Dr. Gessler längst bekannt ist, ebenso dem Reichsregierung von Dr. Simons bis Koch. Da es es trotzdem wagte, die harten Tatsachen abzuleugnen und in ihrer Note an die Entente von einer „bewaffneten Arbeiterkassette“ zu sprechen, hat sie den Beweis erbracht, daß sie im Dienste der Orgelshauptmannschaft steht und die Bewaffnung der Reaktion billigt. Die Anfrage des Abgeordneten Taubadel wird die Regierung nicht zu einer Änderung ihrer Bahn zwingen.

Staatliche Selbstverwaltung der Domänen. Der Hauptausdruck der Preussischen Landesversammlung nahm den Gesetzentwurf betr. Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstverwaltung von Domänen gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums an.

Ein unbekannter Brief von Bebel

Ueber Schule und Arbeiterbildung

Ein deutschstämmiger Lehrer wurde im Jahre 1896 an Bebel mit folgenden Fragen über Schule und Arbeiterbildung, um von Bebel ein Programm für eine Diskussions mit Gewerkschaften zu erhalten. Bebel antwortete ihm mit dem folgenden Briefe, den wir in der ausgearbeiteten Fassung unserer internationalen Gewerkschafts „Wochenarbeit“ (Heft 9) finden. Was Bebel hier schreibt, trifft fast noch 25 Jahren nach dem so zu.

Berlin W. Gr.-Görlitzerstraße 40, den 8. Juni 1896.

Sehr geehrter Herr! Das sozialdemokratische Parteiprogramm enthält in bezug auf die Erziehung folgende Forderungen: „Weltlichkeit der Schule, obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichtes, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeit zu eigener Ausbildung geeignet erachtet werden.“

Die Sozialdemokratie geht von der Ansicht aus, daß es die Hauptaufgabe des Staates beziehungsweise der Gesellschaft sein muß, daß das höchste Maß von Wissen und Bildung, das ein Zeitalter den Schülern zu erwerben ermöglicht, erworben werden kann, und daß hierzu das Gemeinwesen jedes Opfer zu bringen hat.

Ich habe in Vorträgen häufig geäußert: „Nur verwendet der Staat vergleichsweise unendlich geringe Mittel auf die Drilling von Soldaten zum Massenmord als zur Erziehung und Auslieferung des Volkes. In der Armee haben 10 bis 12 Soldaten ihren Unteroffizier (Lehrer), aber in den meisten Fällen erst 60 bis 80 Kinder einen Lehrer. In Tausenden von Fällen hat der Lehrer 100, 120, 150, ja selbst 200 Kinder zu unterrichten. Diese Volkserziehung ist reiner Schwundel. In Zukunft werden wir auf Lehrmeister zum Massenmord verzichten, dagegen werden 10 bis 12 Kinder einen Lehrmeister haben.“

Mit der Forderung der Weltlichkeit der Schule soll ausgesprochen werden, daß die Kirche beziehungsweise die Geistlichkeit von jedem Einfluß auf die Schule ferngehalten ist, dementsprechend auch die Unterweisung der Kinder in irgendeiner der Religionen in der Schule wegfällt.

Den Unterricht in der Religion zu erteilen ist Sache der rein privaten Religionsgemeinschaften. Es dürfen aber keinerlei Zwang ausüben und außerdem sollen weder Staat noch Gemeinwesen die Religionsgemeinschaften durch öffentliche Mittel unterstützen dürfen. Die Religionsgemeinschaften haben ihre Aufkosten ausschließlich durch die Opferwilligkeit ihrer Gläubigen aufzubringen.

Sagt Ihr Widerpart, die Sozialdemokraten, die er unter den Arbeitern lenke, dächten zunächst an ihre materielle Besserstellung, so widerspricht das unserem Programm durchaus nicht. Intenales die Befriedigung der Lebensnotwendigkeit das erste ist, was der Mensch bestritten muß, um Sinn für höhere Kulturinteressen zu haben. Das erkannten schon Plato und Aristoteles, aber letzterer spricht es geradezu als Lebensnotwendigkeit aus, daß zuerst eine höhere materielle Lebenshaltung vorhanden sein muß, um Kulturbedürfnisse zu besitzen und sie befriedigen zu können. Und da er sich den Erwerb einer solchen Lebenshaltung nicht ohne Sklaverei vorstellen konnte — das lag in den Zuständen seiner Zeit —, deshalb hielt er auch die Sklaverei für nötig.

Auch begreife ich vollkommen und würde mich wundern, wenn es anders wäre, wenn Ihr Widerpart sagt: daß ihn seit 30 Jahren kein Arbeiter, trotz seines Verkehrs mit ihnen, um Rat gefragt habe.

Auch ohne sozialdemokratische Lebensauffassung fühlt der Arbeiter und weiß es durch die tägliche Erfahrung, wach gährender Abgrund sich zwischen ihm und den großen Arbeitsherrn aufgetan hat. In der großen Mehrzahl der Fälle fühlen sich die Arbeiter dem Unternehmer gegenüber in klassischer Abhängigkeit; ihr Wohl und Wehe hängt von dem Stimmzettel ihres „Brotgebers“ ab. Da kann kein Verhältnis entstehen, das einen friedlichen und freundlichen Austausch von Ansichten und Meinungen ermöglicht. Es ist mehr als naiv, wenn Ihr Widerpart ein solches Verhältnis für möglich hält. Den Arbeitern möchte es sehr schlecht bekommen, die ein solches Verhältnis für möglich hielten und dementsprechend handelten.

Unser Volksbildungsprogramm weist also den Lehrer an die erste Stelle in unserem Gemeinwesen, ungefähr an die Stelle — um das oben gebaute Gleichnis zu wiederholen —, auf der heute der Offizier steht.

Während so also die zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde gelangten Arbeiter die energischsten Fortschritt- und Kulturförderer sind, werden unsere auserwählten Klassen, darunter in erster Linie unsere großen Unternehmer, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, ebenso energische Fortschrittsfeinde. Wenigstens sind sie jedem Fortschritt feindlich, der den Massen zugute kommt, und sie werden in bezug auf die Arbeiter Bildungshasser, weil sie fürchten, daß der gebildete und einsichtige Arbeiter sich nicht mehr als willenloses Arbeitswerkzeug gebrauchen läßt, sondern Forderungen geltend macht, die mit der Ausbeuterstellung des Unternehmers unverträglich sind.

Das ist das Geheimnis, warum die stärksten Pfaffenfeinde zum Beispiel die Liberalen, sofort mit der Kirche Hand in Hand gehen, sobald es sich darum handelt, die Arbeiter in der Weltmächtigkeit und Unentgeltlichkeit zu erhalten und sie womöglich noch größere Botmächtigkeit zu bringen.

Dies in Kürze meine Antwort auf Ihre Anfrage.

Hochachtungsvoll und ergebend

August Bebel

Nützliche Gesellschaftsglieder

Von Fried-Hardy Born

I.

Höhe 204 muß genommen werden! Der Feldmarschall war besoffen und rülpschte. Umgebung erstarrte vor Ehrfurcht. „Warum geht die Schweinebande nicht vor? Stehen Sie noch zwei Reitermenter rein.“ Höhe genommen! Der Feldmarschall schrieb ein Telegramm an das Rolf. Die Leutnants brachen ein in die Betten französischer Wädhchen. Die Leute liehen sich von Käse zerfressen. Tausend Mütter zerklüfteten sich das Gesicht. Der Feldmarschall tätschelte wohlgefällig seinen Bauch. Schritt für Schritt ins Kasino und bildete sich ein, nützliches Glied menschlicher Gesellschaft zu sein.

II.

Der Staatsanwalt beantragte die Todesstrafe. Der Angeklagte habe ausgeht gegen die Staatsgewalt. Er habe aufgeföhrt zum Plündern mit dem Rufe: Nehmt, was euch gehört! Der Angeklagte sei ein gemeingefährliches Subjekt. Die Gerichtsherrn zogen sich zur Beratung zurück. Die Köpfe schaukelten gewaltig hin und her. Einer verschlang heimlich eine Stulle mit Schweinebraten. Ein anderer klopfte sehr gelangweilt auf seinen Bauch. Die Gerichtsherrn beschloßen feierlich die Todesstrafe. Pöferrern müßigam Würde im Verhandlungsraum. Geiffen dann nach Geld und Stod und bildeten sich ein, nützliche Glieder menschlicher Gesellschaft zu sein.

III.

„Du sollst nicht töten!“ sagte der Pfarrer. „Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst!“ Der nasse Regenschirm der Gemeinrat spuckte auf das Gebetsbuch. Und dann größte die Gemeinrat: „Warum töben die Heiden, und die Leute reden so vergeblich?“ Der Pastor klappte sein Buch zu, moderie „Amens“ ging zur Sitzung der Einwohnerwehr und bildete sich ein, nützliches Glied menschlicher Gesellschaft zu sein.

